
Presseinformation Nr. 120

14. Februar 2013

SCHUSTER:
Kamerun muss Recht auf sexuelle Identität schützen

BERLIN. Zu den Berichten über Morddrohungen gegen Anwälte verfolgter Homosexueller in Kamerun erklärt die Sprecherin für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der FDP-Bundestagsfraktion Marina SCHUSTER:

In Kamerun werden noch heute Personen aufgrund ihrer vermeintlichen oder tatsächlichen sexuellen Orientierung täglich Opfer von willkürlichen Verhaftungen und anderen Formen von Menschenrechtsverletzungen. Die FDP-Bundestagsfraktion ist empört, dass nun auch ihre Anwälte Zielscheibe von Morddrohungen werden. Die beständigen Einschüchterungsversuche gegen Menschenrechtsverteidiger wie Alice Nkom und Michel Togué machen deutlich, dass ein Klima der Straflosigkeit bei Homophobie im Lande herrscht.

Die kamerunische Verfassung garantiert durch ihren Verweis auf Artikel 7 der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker das Recht auf Verteidigung. Auch als Mitglied des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte und des Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ist Kamerun dazu verpflichtet, die Menschenrechte im eigenen Land zu wahren und zu fördern. Wir erwarten daher, dass die Einschüchterungsversuche gegen Nkom und Togué untersucht und strafrechtlich verfolgt werden.

Kameruns Regierung sollte öffentlich klarstellen, dass Morddrohungen gegen sexuelle Minderheiten und ihre Anwälte nicht toleriert werden. Die Regierung muss sich nicht nur für den Schutz von Minderheiten einsetzen, sondern auch durch Aufklärung weiterer Diskriminierung vorbeugen.

Verantwortlich:
Beatrix Brodkorb

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de